

Der



informiert

Pfalzel - Stadtrat am 17.12.2019 - Bericht TV 18.12.2019
Umstellung auf wiederkehrende Beiträge
Stand: 22.12.2019

Die Diskussion der letzten sechs Monate haben wir aus Pfälzeler Sicht von Beginn an das "Drama Eltzstraße" genannt, zuletzt sogar der TV. Es war ein Drama in mehreren Akten. Dazu ist eigentlich alles gesagt. In die Sachdiskussion müssen wir nicht erneut einsteigen. Warum auch, denn den Stadtrat hat diese zu keinem Zeitpunkt interessiert.

Wie sollen wir nun in Bezug auf den Stadtrat die "Eltzstraße" zutreffend beschreiben? Wir haben uns für Komödie, wiederum in mehreren Akten, entschieden. Posse oder Satire wären auch passend. Allerdings ist es dem Herrn Baudezernenten gelungen, aus dem Problem Eltzstraße eines für ganz Pfalzel zu machen.

In 2011 lief noch alles (fast) normal. Baubeschluss, geschätzte Kosten 1.239.000 €, Kostenverteilung zwischen Stadt und Anliegern 50 : 50. Ungewöhnlich war schon damals, dass dieser Baubeschluss unmittelbar nach der Abstufung der Eltzstraße zur Gemeindestraße erfolgte. Wenige Monate zuvor hätten die Anlieger nicht für die Kosten der Fahrbahn aufkommen müssen.

In der Sitzung des Stadtrates am 18.12.2018 wurde eine Kostenerhöhung um 992.000 € auf nunmehr 2.231.000 € beschlossen. Die Kostenverteilung 50 : 50 wurde mit durchgewunken, nachdem Ludwig versichert hatte, die Kostenerhöhung sei in erster Linie einer neuen Beschränkung des Bahnübergangs geschuldet, die aber die Anlieger nicht belasten würde. Diese Falschaussage wurde offensichtlich nicht hinterfragt.

Am 22.05.2019 führte das Baudezernat im Amtshaus Pfalzel eine Informationsveranstaltung für die betroffenen Anlieger durch. Nach den damaligen Schätzungen mussten diese bei umlagefähigen Kosten von etwa 980.000 € mit einer Belastung von 26,15 €/m² für ihre gewertete Fläche (Grundstück plus Zuschlag für die Bebauung) rechnen. In Anbetracht dieser hohen Belastung der Anlieger, die sich durch Verschleppung des Ausbaus um viele Jahre nahezu gegenüber der ursprünglichen Planung - ausschließlich durch Entscheidungen bei der Stadt Trier - verdoppelt hatte, formierte sich der Protest.

Wir haben, oft durch aufwendige Recherchen, die Abläufe aufgeklärt, falschen rechtliche Einordnungen widersprochen und sind irreführenden Erklärungen entgegen getreten. Wie jeder weiß, war die Verwaltung bis zuletzt nicht bereit, auch nur einen Millimeter von ihren Positionen abzuweichen.

Der Stadtrat hätte sich dann wieder mit dem Thema befassen sollen und können, als die AfD-Fraktion zur Sitzung am 29.08.2019 einen Antrag einbrachte, der die Anliegerbeiträge deutlich gesenkt hätte. Mit einem aus unserer Sicht durchschaubaren Geschäftsordnungstrick hat der Stadtvorstand diesen Antrag als unzulässig eingestuft. Die Diskussion über die Fakten zu den Modalitäten der geplanten Abrechnungen war erst einmal abgewürgt.

Ende Oktober wurde dann bekannt, dass es die Eltzstraße auf Platz drei des aktuellen Schwarzbuches des Bundes der Steuerzahler gebracht hatte. Und die AfD-Fraktion brachte erneut einen Antrag zur Sitzung des Stadtrates am 12.12.2019 ein, den Verteilungsschlüssel zugunsten der Anlieger auf 30 % Bürger / 70 % Stadt zu reduzieren. Erneut hätte der Stadtrat zugunsten der Pfälzer Anlieger auf eine Minderung ihrer Beteiligung in einer Höhe von 392.000 € hinwirken können. Dies hätte einen Einheitssatz von nur noch 15,70 €/m² zur Folge gehabt.

Wir haben die Diskussion dieses Punktes hier schon kommentiert. Wer die Aufzeichnung der Sitzung unter <https://ok54.de/archiv/6925> (ab 5:31) verfolgt, kann kaum glauben, dass Sprecher aus Pfälzer dem widersprochen haben. Wie die übrigen Fraktionen, mit Ausnahme der UBT und der Vertreterin der Freien Wähler, mit dem einzigen Argument, der AfD-Antrag sei rein populistischer Natur. Man müsse doch wissen, dass Ludwig infolge rechtlicher Schranken gar nicht anders abrechnen könne. Richtig ist, dass Ludwig das seit Beginn der Diskussion predigt. Richtig ist aber auch, dass es sich um eine reine Schutzbehauptung handelt, die in keiner Weise durch die Benennung irgend einer Norm konkretisiert worden wäre.

Und selbst das "Gutachten" von Herrn Dr. Thurmann taugt insoweit nicht, als es nur zu dem Schluss kommt, der Satz von 50 : 50 sei durchaus vertretbar. Das heißt ja nicht, dass er zwingend sei. Schon gar nicht, wenn der Gutachter sich regelrecht entschuldigt, dass er, um zu diesem Urteil zu gelangen, die Zahlenangaben des Baudezernates zur Aufschlüsselung der Gewerke übernommen hat. Und die sind abenteuerlich. Wenn ein Stadtrat derart unkritisch Verwaltungsdarstellungen übernimmt, könnte man insoweit auch von einem Trauerspiel sprechen.

Kommen wir zum Showdown, der Sitzung des Stadtrates am 17.12.2019. Wer die Sitzung verfolgen möchte: <https://m.youtube.com/watch?v=3XZoyzJT0Ks> ab Pos. 21:20

Zuvor hatten die Fraktionen dem Ortsbeirat versichert, dass man dessen Entscheidung respektieren wolle. Rückblickend ist zu vermuten, dass diese Zusicherung nur für den Fall ernst gemeint war, dass die Umstellung in Pfälzer durchgewinkt würde. Vielleicht haben auch die Stadtratsmitglieder aus Pfälzer den Eindruck vermittelt, dass dies ein Spaziergang sei. Vehement genug haben sie sich ja sowohl in Trier als auch in Pfälzer für Ludwigs Positionen ins Zeug geworfen. Nun kam es jedoch anders, am 12.12.2019 lehnte der Ortsbeirat Pfälzer mit knapper Mehrheit die Satzung für wiederkehrende Beiträge ab.

Sich nun auf eine Sitzung in Pfalzel am 13.11.2019 zu berufen und als Stadtrat zu suggerieren, man habe das Recht, zwischen zwei konkurrierenden Abstimmungen die auswählen zu können, die einem passt, ist mehr als fadenscheinig. In dieser Sitzung lag nichts vor, keine Verwaltungsvorlage, keine ausgearbeitete Satzung. Auch im kleinsten Ortsverein gilt, eine Satzung, die in einer Sitzung nicht vorliegt, kann nicht beschlossen werden. Und vor dieser Sitzung ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass es einer weiteren Abstimmung im Ortsbeirat bedürfe, ehe sich die Gremien der Stadt mit dem Thema befassen sollten - oder aber auch nicht. Besser wäre womöglich gewesen, am 13.11.2019, als seitens der Verwaltung nichts präsentiert werden konnte, wieder nach Hause zu gehen.

Infolge des ausschließlich von Ludwig erzeugten Zeitdrucks war diese Sitzungsfolge gar nicht mehr einzuhalten. Absprachewidrig wurde dann doch bereits im Dezernats- und im Steuerungsausschuss über die Umstellung beraten. Auf die dortigen Zustimmungen beruft sich Ludwig. Dem Ortsbeirat Pfalzel nun vorzuwerfen, er habe sich inkonsequent verhalten, die ihm übertragene Verantwortung nicht genutzt und den übrigen Beiräten einen Bärendienst erwiesen, ist eine Unverfrorenheit. Dieser Beirat hat nichts zu dem entstandenen Durcheinander beigetragen. Die Schuld dafür liegt ausschließlich bei der Stadt auf massives Drängen des Baudezernates hin. Und dies nicht, um in Pfalzel mehr Gerechtigkeit einziehen zu lassen, sondern ausschließlich die Positionen des Herrn Baudezernenten über die Runden zu retten.

Warum gab es solche Überlegungen in all den Jahrzehnten nicht, in denen Projekte im ganzen Stadtgebiet ausschließlich auf Basis einmaliger Beiträge abgewickelt wurden? Ganz gleich, wie sehr Anlieger belastet worden sind. Hier erfand man dieses Thema als Notausgang, nachdem wegen des Schwarzbuches des Bundes der Steuerzahler endlich eine sachliche Auseinandersetzung mit der Abrechnungsmethode Eltzstraße geboten gewesen wäre.

Nun braucht der Stadtrat dringend Sündenböcke, die für die Abkehr von der gegebenen Zusage verantwortlich gemacht werden. Da kann man dann schon mal einen Ortsbeirat verunglimpfen und eine Ortsvorsteherin unter Verletzung aller Anstandsregeln angehen. Wir wissen ja, dass Stadträte noch nie ein Problem damit hatten, sich über die Voten von Ortsbeiräten hinwegzusetzen. Dass man sogar bei festen Zusagen nach Hintertüren sucht, verstärkt massiv unser Vertrauen auf demokratische Abläufe in unserer Stadt. Lichtblicke waren, dass Herr Frisch ausdrücklich Frau Pfeiffer-Erdel verteidigte, Herr Schenk Achtung des persönlichen Votums einforderte und für Herrn Görres das Votum aus Pfalzel galt.

Die Verwaltungsvorlage, die man nach der ersten Sitzung in Pfalzel dann doch noch hinbekommen hat, ist teilweise außerordentlich offen. So erfährt man z. B., dass in Mariahof 2007 völlig andere Voraussetzungen vorlagen, da das gesamte Straßennetz ausgebaut werden sollte. Auch wurde erkannt, dass die Kostensteigerungen seit 2011 für die Anlieger eine erhebliche Belastung darstellen.

Da der Stadtrat im Falle Eltzstraße ja lieber darauf verzichtet, über solche Nebenaspekte zu diskutieren, darf man das Kind getrost beim Namen nennen.

Treffend auch die Aussage, dass in zwei Sitzungen in Pfalzel der Systemwechsel eingehend *rechtlich* erörtert worden sei. Damit widerspricht die Vorlage der Aussage Schleimers, in einem intensiven Prozess seien *alle* Fragen kompetent beantwortet worden. Fragen zur praktischen Umsetzung sind es bis heute nicht. Rainer Neubert zitiert die Verwaltung in seinem Beitrag vom 15.11.19 wie folgt: „Aussagen dazu wären unseriös, bevor wir nicht die steuerpflichtigen Objekte untersucht und bewertet haben, die in dem Beitragsgebiet liegen.“

Wenn dagegen gesagt wird, dass die Thematik intensiv in der Pfälzeler Bevölkerung diskutiert worden sei, ist dies völlig abwegig. Die Bürger sind erst vor wenigen Wochen mit diesem Thema völlig überrascht worden.

Auch in Bezug auf Zahlen ist die Vorlage - wie gewohnt - denkbar unpräzise. Wir haben schon ausgeführt, dass die Zahl 48 Anlieger der Eltzstraße unzutreffend ist. Wer sich der Mühe unterzieht, die Eigentümer mit Hilfe des Geoinformationssystems der Stadt Trier nachzuzählen, wird dort drei Eigentümer sehr großen Flächen finden, sodann noch 26 private und 5 Garagen hinter den oberen Häusern der Wallmauer. Die Zahl der in Zukunft Zahlungspflichtigen ist sicherlich auch deutlich niedriger als abgegeben. Bei Ludwig waren schon mal locker 3.000, jetzt sollen es 1.350 sein. In Anbetracht der Verschonungsregelungen gehen wir eher von anfangs weniger als 1.000 aus.

Der Kostenanteil, den Pfälzeler Eigentümer nach Trier überweisen dürfen, wird mit 1.138.760 € beziffert. Nachdem im Stadtrat die Würfel gefallen sind, sind es laut Ludwig schon 1.400.000 €, immerhin ca. wieder 260.000 € mehr. Und Neubert darf das so auch im TV schreiben. Zugleich werden die Hoffnungen, die Anlieger der Benediktinerstraße und im Pfahlweiher hatten, sie könnten dem Beispiel Pfalzel folgen, zu Grabe getragen.

Wo stehen wir nun? Ein Stadtrat hatte vier mal die Möglichkeit, das Thema Eltzstraße nach Fakten zu beleuchten und nach einer verträglichen Lösung für die betroffenen Anwohner zu suchen. Er hat es beharrlich verweigert, ist blind dem zuständigen Dezernenten gefolgt und trägt am Ende eine halbseidene Lösung zu seiner Gesichtswahrung mehrheitlich mit.

Wir haben die heutige Situation ja schon kommen sehen und zuletzt noch den Ältestenrat - Stadtvorstand und Fraktionsvorsitzende - angeschrieben. Dabei haben wir auf die Zusage gegenüber dem Ortsbeirat, letztlich der Pfälzeler Bevölkerung, hingewiesen. Ebenso auf unsere Argumentation seit einem halben Jahr. Das Ergebnis ist bekannt. Wer sein Urteil schon gefällt hat, lässt sich nicht mehr gerne überzeugen. Frau Dr. Reinermann-Matatko hat uns mitgeteilt, wie die Grünen das sehen: der Ortsbeirat kann eine solche Vorlage ablehnen, eine Verantwortung dafür trägt er nicht. Die Verantwortung für diese Stadt könne man im Stadtrat aber nicht abschütteln. Auch sei die Umstellung im Interesse der Pfälzeler Bevölkerung.

Wie sehr das Schicksal Triers mit dieser Frage verbunden ist, haben wir nicht verstanden. Über den Vorteil für Pfälzeler Bürger darf man auch trefflich streiten.

Im Ergebnis ist es Ludwig trefflich gelungen, einen tiefen Spalt in unseren Ortsteil und auch in den Ortsbeirat zu treiben. Das Nachtreten auf der Facebookseite der örtlichen SPD ist ein deutlicher Hinweis. Für die Anlieger sind die restlichen Grundstücksbesitzer unsolidarische Zeitgenossen. Umgekehrt sehen viele die Anlieger als Egoisten, die, um ein für sie optimales Ergebnis zu erreichen, den gesamten Ort in eine Zahlungspflicht treiben. Die zu allem Überfluss einige hunderttausend € mehr in die Trierer Kassen spült.

Ob es Ludwig am Ende hilft, bleibt offen. Möglicherweise wird schon die Umstellung angegriffen. So lange müssen die Anlieger noch zittern. Spätestens bei Erhalt der Zahlungsaufforderungen werden viele sich an die überzogene Abrechnungsmethode erinnern und insoweit ihre Bescheide angreifen. Auf unserer Internetseite, beim Bund der Steuerzahler und im Ratsinformationssystem, dort die fundierten Anträge der AfD-Fraktion, finden sie Munition genug.
